Angehörigen Info 46

G 10228 D
3.8.1990

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

In eigener Sache

Ab heute erscheint das Angehörigen-Info auf Umweltschutzpapier, was außer dem Umweltschutz auch eine für uns nicht unerhebliche Kostenersparnis darstellt. Diese Kostenersparnis wiederum hat zur Folge, daß wir — ohne den Verkaufspreis zu erhöhen — von jetzt an in der Lage sind, hin und wieder bis zu achtseitige Extraeinlagen ins Info zu legen. Dies wollen wir zu Schwerpunktthemen wie z.B. zu einzelnen Ländern machen. Der Vorteil liegt auf der Hand: Trotz Schwerpunktausgabe kommen weiterhin wie bisher alle aktuellen Informationen ins Info.

Gesagt, getan. Schon im nächsten Info geht,s los: Aus aktuellem Anlaß zum Prozeßanfang gegen die beiden irischen politischen Gefangenen in Düsseldorf werden wir eine achtseitige Einlage in jedes Info legen, und zwar mit mehreren Artikeln der irischen Gefangenen selbst, Hintergrundinformationen zum Prozeß und Einschätzungen.

Zum Hungerstreik in Spanien

Seit acht Monaten (246 Tagen) befinden sich die Gefangenen aus den GRAPO und der PCE(r) im Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung ... seit acht Monaten! Die spanische Regierung bleibt immer noch bei ihrer unnachgiebigen Haltung. Ein Gefangener hat in diesem Kampf schon sein Leben verloren — José Manuel Sevillano Martín. Den anderen hungerstreikenden Gefangenen kann jederzeit dasselbe passieren. Alle haben inzwischen sehr sehr schlimme und größtenteils irreversible gesundheitliche Schäden erlitten. Der Hungerstreik geht weiter. In den spanischen Medien kommt kaum noch etwas — verordnete Ignoranz. Die Behauptung, ein Gefangener habe abgeschworen, wird trotz mehrfacher Dementis aufrechterhalten; er wurde inzwischen mit leichten Haftverbesserungen verlegt. Verwirrung soll geschaffen werden. Ein anderer Gefangener schreibt, er habe den sicheren Eindruck, unter Drogen gesetzt worden zu sein. Die Isolation der Gefangenen wird perfektioniert. Es gibt die Anordnung, sie möglichst nicht mehr in Zivilkrankenhäuser zu verlegen. Desweiteren gibt es vom Innenministerium die Anordnung, daß künftig nur noch vom Ministerium beauftragte Sozialarbeiter zu den Gefangenen aus dem „terroristischen" Bereich dürften. Mit dieser Begründung wurde den bisherigen staatlichen Sozialarbeitern in einem zivilen Krankenhaus der Zutritt verweigert. Letzte Woche hat ein Gefangener an eine Angehörige draußen einen Brief geschrieben. Die Wärter haben fett GRAPO auf den Umschlag geschrieben, woraufhin der Postbote der Empfängerin kreidebleich den Brief überbrachte, mit der Bitte, sie solle aufpassen, vielleicht sei eine Briefbombe drin. Das war nun schon das zweite Mal, daß so etwas passiert ist.

Alljährlich findet in Galicien aus Anlaß des Nationalfeiertages eine große Demonstration statt. In Galicien gibt es ähnlich wie in Katalonien und Euskadi eine nationale Befreiungsbewegung. Die Angehörigen wollten auf der Demo einen Beitrag zum Streik halten und sprachen die Organisatoren vorher an. Die wollten das aber nicht. Die Angehörigen sind dann auf der Demo mitgegangen, und als die galicische Nationalhymne gespielt wurde — einem feierlichen Moment, es war sehr ruhig — griffen sie zum Megaphon, sagten etwas zum Hungerstreik und daß es ihnen verboten worden war, einen offiziellen Beitrag auf der Demo zu halten. Auf diese Rede hin gab es sehr viel Beifall. Am 15.7. erschien in der „El Mundo" eine halbseitige Anzeige: „Für die Wiederzusammenlegung", unterschrieben von ungefähr 400 Menschen, darunter über 100 Anwälte, verschiedenen Professoren, Ärzten, Journalisten ... aus Spanien.

In Köln findet nach wie vor jeden Donnerstag das Solidaritätstrommeln statt, um 16 Uhr vor der spanischen Bank, Hohenzollernring 21. Am Samstag wurde in Köln ein Haus besetzt und Montag wieder geräumt. Dabei wurden 14 Leute festgenommen. Die Besetzer hatten dem Haus den Namen „José Sevillano" gegeben. Ebenfalls jeden Donnerstag wird in Hamburg die Mahnwache vor dem spanischen Generalkonsulat im Mittelweg aufrechterhalten (10-12 Uhr). Was den Videofilm „Kommune Karl Marx" betrifft, sind uns bislang erst zwei Adressen mitgeteilt worden: Infobüro Barnstorf, Bahnhofstr. 16, 2847 Barnstorf; KRIF, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg. Also Ihr anderen, sagt hier Bescheid! Im übrigen, bitte schickt uns keine weiteren Unterschriftenlisten für die Anzeige in der spanischen Zeitung. Die Initiative ist beendet. Für den Abdruck fehlen allerdings noch mehrere tausend Mark.

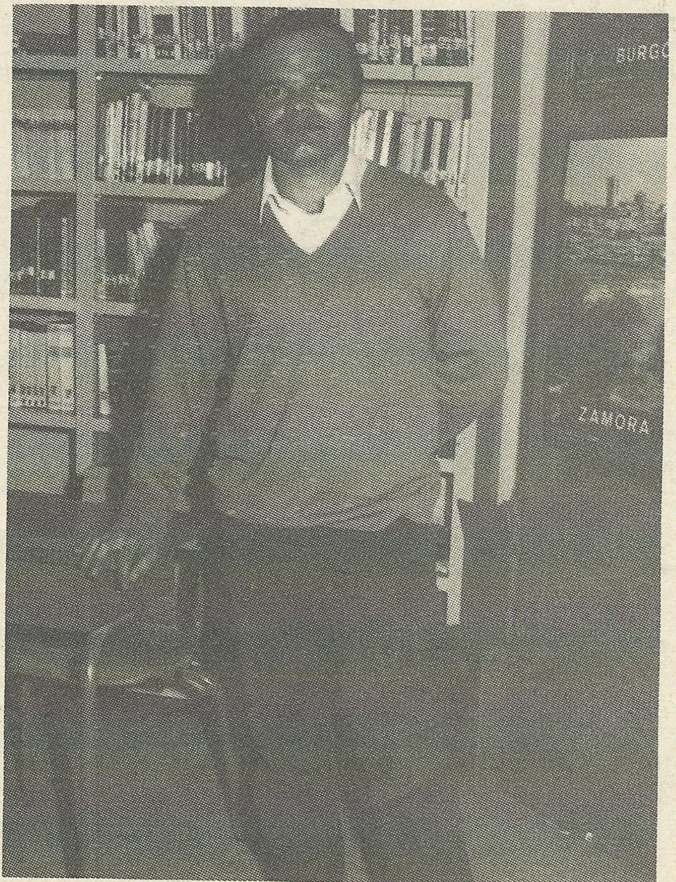
Wir haben jetzt von einigen Solidaritätsaktionen aus Italien erfahren, aus dem Zeitraum Mai/Juni. Ende Mai wurde in Mestre, in der Nähe von Venedig, von 50 Menschen die Büros der „ANSA" besetzt. Die italienische Nachrichtenagentur wurde aufgefordert, den Text eines Flugblattes abzudrucken („die Isolation zerbrechen"). Am Abend vorher hatte es in Padua eine Veranstaltung gegeben; anwesend waren Leute aus Neapel, Mailand, Catania, Bologna und Mestre. In Bologna gab es ein Sit-In vor einem spanischen College. Das College ist spanisches Territorium in Italien. In Venedig gab es rote Farbeier gegen den spanischen Teil der Biennale, einer internationalen Filmausstellung. Den Israelis wurde die Flagge heruntergeholt und eine palästinensische gehißt. In Neapel wurden Plakate geklebt.

Hamburg: Vier Wochen Mahnwache — Diskussionsbeitrag von Schülern

... Die Mahnwachen-Idee entstand im Freitagsplenum und dem Antifa-Arbeitskreis der SchülerInnenkammer. Im Antifa-AK haben wir hauptsächlich zum neuen Ausländergesetz gearbeitet und tun dies immer noch. Wer jetzt meint, es sei schwer, vom Ausländergesetz zu den kämpfenden Gefangenen in Spanien zu kommen, der hat sich geschnitten.

Mit dem Ausländergesetz hat die BRD es geschafft, ein Gesetz zu verabschieden, welches a) rassistisch ist, da ein Sondergesetz gegen AusländerInnen und b) ein Klasssengesetz. Der iranische Arzt darf bleiben, während die kurdische Arbeiterin abgeschoben wird. Politische Aktivitäten können Flüchtlingen und ImmigrantInnen verboten werden. Die Einreise für AusländerInnen ist nur dann problemlos, wenn sie weniger als drei Monate bleiben, also als SaisonarbeiterInnen.

Das sind Teile von Europas Bevölkerungs- und Arbeitsmarktpolitik. Um solche Gesetze durchzusetzen, nutzt die BRD ihre Macht in der EG und „bastelt" mit Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlan-



José Manuel Sevillano Martín

den den Schengener Vertrag. Der Schengener Vertrag hat u. a. die Aufgabe, die Grenzen innerhalb der Vertragsstaaten zu öffnen; damit ImmigrantInnen und Flüchtlinge dies nicht nutzen können, wird rundherum dichtgemacht. Grenzöffnung heißt in diesem Fall grenzenlose Überwachung. Im Rahmen des Schengener Informationssystems — SIS — werden die Polizeicomputer und befürchtungsweise auch das Ausländerzentralregister zusammengeschlossen und somit „schengenweit" (und darüber hinaus) alles kontrolliert. Das Ganze läuft dann auch westeuropaweit unter TREVI. Und auch hierbei spielt die BRD Vorreiterin, und Spanien bangt um seine Anerkennung. VW stellt nicht näher bekannte Forderungen an Spanien, um im Gegenzug den Staatskonzern SEAT zu übernehmen — an den Staat werden politische Forderungen gestellt im Interesse des Kapitals. Wie diese Forderungen aussehen, kann sich jede an fünf Fingern ausrechnen.

So, wie die BRD es vorgibt, handelt der spanische Staat nach der Doktrin, „daß die Frage der politischen Gefangenen bis '92 gelöst sein soll".

Darüber stellt sich für uns der Zusammenhang zwischen dem Kampf der spanischen Gefangenen und unserem gegen das Ausländergesetz her. Denn wir sind natürlich solidarisch mit allen InternationalistInnen und AntifaschistInnen, auch wenn sich ihre Praxis von unserer unterscheidet. Wir sehen ganz klar die Verbindung zwischen ihnen und uns im Kampf gegen dasselbe imperialistische Projekt — die Festung Europa.

— Wir halten es nicht aus, wie in Spanien nach BRD-Vorbild gefoltert wird.

— Wir finden es unerträglich, bei jeder Sache, zu der wir den Mund auftun, mit Kriminalisierung rechnen zu müssen.

In der Auseinandersetzung um das Ausländergesetz und den Schlußfolgerungen, die wir daraus zogen, wurde für uns klar, daß wir etwas tun mußten in Solidarität mit den spanischen politischen Gefangenen. Wir wollten eine Aktion, die uns die Möglichkeit gab, schnell zu reagieren, gleichzeitig eine Aktion, die eine Öffentlichkeit mobilisiert.

Denn ein Problem in der Mobilisierung war und ist ja, daß sie über einen bestimmten Rahmen nicht hinauskommt. Unser Versuch war, über diesen Rahmen hinaus Menschen zu mobilisieren. Die Mahnwache erschien uns als *eine* Möglichkeit, schnell zu reagieren und vielen die Möglichkeit zu geben, sich zu verhalten. Die Aktion war so angelegt, daß sie dadurch, daß sie kontinuierlich laufen soll, nervt — und jede hatte die Möglichkeit dazuzukommen, wenn er oder sie wollte.

Was wir meinen, wird deutlich in dem, was Rico Prauss, ein Gefangener aus dem Widerstand, schreibt:

„es ist das konsulat des spanischen staates, seit ihr dort seid, ist es aber vor allem die botschaft der spanischen politischen gefangenen."

...

Wir haben uns natürlich Gedanken gemacht, wieso wir mit der Aktion relativ isoliert geblieben sind und warum sich viele einfach nicht verhalten haben. Im folgenden dazu ein Punkt, den wir auch unter uns länger diskutiert haben, bevor wir die Mahnwache angefangen hatten — es geht uns dabei darum, hier gemeinsam herauszufinden, woran es liegt, oder ob das so stimmt, was wir in diesem Punkt jetzt sagen.

Wir werden das Gefühl nicht los, daß sich viele Leute nicht an der Aktion beteiligen, weil sie ihnen nicht radikal genug ist. Das halten wir für daneben, da Radikalität für uns nicht zwangsläufig etwas mit Aktionsformen zu tun hat. Radikalität heißt für uns auch gerade, den Zusammenhang zu sehen, welche Möglichkeit wir aufgrund der Schwäche der Mobilisierung haben, unserer Solidarität mit den Gefangenen Ausdruck zu geben. Für uns hieß das vor allem, wie wir die Nachrichtensperre von uns aus zumindest ein kleines Stück durchbrechen können.

Weil das Jammern über Nachrichtensperre und falsche Berichte das eine,

zu überlegen, wie es geht, unsere Inhalte — für das Leben der spanischen Gefangenen, Wiederzusammenlegung — direkt zu vermitteln, das andere ist.

Oder allgemein:

Am Anfang kämpfe ich, weil es mir schlecht geht. Dann versuche ich mir zu erklären, warum es mir schlecht geht, theoretisch also, und mache mir bewußt, wie meine Situation mit der anderer zusammenhängt. Ich mache mir klar, ich bin nicht allein und kann allein auch nichts verändern.

Der nächste Schritt ist, mit anderen zusammen, Vorstellungen davon zu entwickeln, was wir *wollen* — und nicht nur zu bestimmen, was wir nicht wollen.

Daraus die Konsequenzen ziehen, konsequent handeln, das ist für uns Radikalität.

Dazu noch ein Gedanke von Ingrid Jakobsmeier, Gefangene aus der RAF, der für uns ein Ansatz war in den Überlegungen, wie das mit der Mahnwache gelaufen ist:

„da fällt mir euer satz ein: ‚uns läßt das gefühl nicht los, daß vielen die aktion einfach nicht radikal genug ist.' aber wer so denkt, fühlt und versteht den sinn eures satzes nicht: wer — wenn nicht wir; wann — wenn nicht jetzt! radikalität ist für mich zuerst eine sache des tiefen menschlichen empfindens und der solidarität für das leben der spanischen gefangenen; und des bewußtseins von den eigenen zielen, eines menschlichen lebens. und so schau ich mir die praxis, die politische initiative an. also mit ‚nicht radikal genug' hat das für mich nichts zu tun; mir kommt so was immer eher vor wie ein dreh, um nicht über die eigene ohnmacht reden zu müssen, was dann ja auch immer bedeutet: sie nicht zu überwinden."

Das ist natürlich nichts Fertiges, sondern von Ingrid und von uns ein paar spontane Gedanken dazu.

Angriffe gegen politische Gefangene

Die Angriffe gegen die politischen Gefangenen gehen nicht nur weiter, sondern nehmen offensichtlich an Schärfe noch zu. Wie bereits berichtet, wurde Brigitte Mohnhaupt nach Stammheim verlegt, wo sie seitdem einzelisoliert ist. Weiterhin wurde in Aichach auch Manuela Happe von Claudia Wannersdorfer getrennt, so daß sich beide nicht mehr sehen können, was insbesondere wegen Claudias Krankheit (Epilepsie) eine besondere Bedeutung hat. Desweiteren wurde Rolf Heißler inzwischen von Straubing nach Stadelheim zwangsverlegt, weil er angeblich „andere Gefangene zu Widersetzlichkeiten" aufwiegele. Am Beispiel der Zwangsverlegung von Rolf Heißler wollen wir hier einmal aufzeigen, wie sich derartiges abspielt. Rolf schreibt dazu: „direkt nach dem besuch hatte ich zu warten. aus der entfernung sah ich otto (Anm. d. Red.: Knastleiter) nach oben gehen, im schlepptau einige leute, stellte mich schon darauf ein, daß die mit mir reden wollen, doch ich nicht mit ihnen. stattdessen kamen zwei von der ‚sicherheit', drängten mich wieder in den besuchsraum und trugen zur heiterkeit bei: ‚Aus Sicherheitsgründen werden Sie verlegt. Sie stellen laufend überzogene Forderungen, u.a. 24 Stunden Aufschluß. Dadurch wiegeln Sie Mitgefangene auf. Gez. Otto.' ich könne stellung nehmen, was ich ablehne. nach dem gescheiterten ‚gewaltaktionen gegen bedienstete-'konstrukt jetzt diese lachhafte lappalie vorgeschoben, realität in lü und ce (Anm. d. Red.: Lübeck und Celle) wie im strafvollzug anderswo. darauf gegen 14.30 wurde ich mit auto ins spital gefahren, damit ich keinen gefangenen verständigen konnte, mit nichts außer den paar klamotten an mir + in eine sicherheitszelle gesteckt. um 16.00 uhr den üblichen krimskrams angefordert, um 16.30 kamen zwei von der ‚sicherheit' mit tabak und kaffee, es ging jetzt nach stadelheim. gegen 17.00 uhr ging es auf einem weiter weg gelegenen sportplatz in die luft, 2 piloten + 5 zivis, der eine verklemmte mir hände und handschellen auf dem rücken, zog sie so fest auf knochen, daß jede bewegung schmerzen verursachte, ein handballen ist noch immer taub. doch ich kam lebend an, schätze so gegen 18.00 uhr."

Die Verlegung von Rolf Heißler hat ihre Ursache in der Tatsache, daß Rolf von den Gefangenen in Straubing zu einem der Sprecher gewählt wurde und daß es, nachdem sie Rolf wieder in den Trakt gesteckt hatten, von den Gefangenen eine Unterschriftenaktion gegeben hatte mit der Forderung, Rolf wieder in den „normalen" Vollzug zurückzuverlegen. Hierfür hatten mehrere hundert Gefangene unterschrieben. Die Äußerung der Knastleitung in Stadelheim, wo Rolf inzwischen einzelisoliert ist, spricht für sich: Man werde ihm keine Gelegenheit mehr geben, „Agitation" zu betreiben.

Die vorzeitige Entlassung nach 2/3 der Strafe bei Claudia Wannersdorfer wie auch die Entlassung nach 15 Jahren bei Bernd Rössner wurden jeweils abgelehnt, weil sich die Gefangenen „nicht distanziert" hätten — kein Wort etwa zum Gesundheitszustand der Gefangenen, dazu, daß sie haftunfähig sind. Einzig die Gesinnung, ihre Identität ist es, daß sie nicht bereit sind, sich zu verkaufen.

Bei all diesen Vorgängen — wir haben in der Vergangenheit immer wieder darüber berichtet — handelt es sich keineswegs um Einzelfälle, vielmehr muß mensch dies im Zusammenhang betrachten. Jener Zusammenhang wird deutlich, wenn man sich Äußerungen wie etwa die von Wolfgang Zeitlmann (innenpolitischer Experte der CSU) vergegenwärtigt: „Um den terroristischen Sumpf engültig auszutrocknen, müssen die Kontakte zwischen einsitzenden Gewalttätern und ihren Gesinnungs-

genossen außerhalb der Gefängnisse komplett überwacht werden — bis hin zur völligen Kontaktsperre." Das ist also, was dahintersteht: Die Gefangenen völlig von der Außenwelt abzuschneiden, ihnen die sozialen Kontakte unmöglich zu machen, innerhalb wie außerhalb der Knäste. Sie durch immer neue Konstrukte verantwortlich zu machen für das, was außerhalb geschieht, sie so zu Geiseln des Staates zu machen, über die die Verantwortlichen nach Belieben verfügen können. Wie weit diese Justiz und dieser Staat hierbei bereit sind zu gehen, hat sich — man erinnere sich — in der Vergangenheit bereits gezeigt. Gezeigt hat sich aber auch, daß sie so nicht durchkommen, auch dann nicht, wenn sie sich wie gegenwärtig etwa im Rahmen ihrer Beherrschungsstrategien, auf dem Höhepunkt ihrer Macht wähnen. So allmächtig sind sie nicht, daß sie tun und lassen können, was sie wollen, und sie werden es solange nicht sein, wie wir alle es nicht zulassen.

Die Angriffe auf die politischen Gefangenen müssen aufhören! Und wir fordern alle auf, hiergegen bei den Verantwortlichen zu protestieren, deutlich zu machen, daß wir derartiges nicht hinnehmen werden! Wir wollen mit allen, die sich hierzu Gedanken machen, die dies nicht kalt läßt, versuchen, diese Angriffe zu stoppen, und daran zu überlegen, wie die Forderungen der Gefangenen durchgesetzt werden können. Wer hierzu etwas sagen oder mehr wissen möchte, soll uns einfach einmal schreiben — weil wir zusammen die Zusammenlegung durchsetzen wollen und müssen!

Prozesse

Verurteilung von Angehörigen

Am 26.6.1990 wurden die ersten drei von insgesamt zehn Angehörigen der politischen Gefangenen vom Stuttgarter Amtsgericht wegen Hausfriedensbruchs verurteilt.

Während die Zeugen, ein für die Sicherheit des Justizministeriums zuständiger Richter und der die „Räumung" leitende Polizeibeamte die Vorgänge als „harmlos" schilderten und auch der Staatsanwalt eher moderat plädierte, war für die Richterin Petermann der Tatbestand so gravierend, daß sie in einem Fall mit dem Urteil sogar noch über den Strafantrag des Staatsanwalts hinausging. 2000 DM oder 40 Tage, 1200 DM oder 40 Tage, 600 DM oder 30 Tage Haft. Für sie waren, wie sie in ihrer Urteilsbegründung ausführte, die Motive der Angeklagten „ohne Bedeutung". Der Anlaß ihrer Anwesenheit im Justizministerium — die Haftsituation von Günter Sonnenberg und sein Gesundheitszustand nach einem erneuten epileptischen Anfall — fand keinerlei Berücksichtigung. Dahingehende Beweisanträge wurden von ihr abgelehnt.

Wir hatten uns „wissentlich strafbar" gemacht. Und das genügt.

Sie war voreingenommen und erfüllte ihren Verurteilungsauftrag unter den kritischen Augen zweier Herren aus dem Justizministerium, die ihr — trotz einiger Unsicherheiten, Versprecher und Mängel — sicherlich ihre Eignung für Staatsschutzprozesse bescheinigen werden.

Dieser Frau ist die Frage zu stellen, ob sie sich bei ihrem Urteil als unabhängige Richterin gefühlt hat, die nach bestem Wissen und Gewissen urteilt, oder ob sie, der „herrschenden" Meinung ihrer Vorgesetzten folgend, aus Angst um ihre Karriere handelte oder ob sie nur eine perfekte law-and-order-Frau ist.

Was auch immer: Für sie waren der durch unsere Anwesenheit erzeugte arbeitsstörende Geräuschpegel und die Nichtbeachtung der Hausherrenrechte von Justizminister Eyrich höher zu bewerten als die vernachlässigte staatliche Fürsorgepflicht eben dieses Ministers für Günter Sonnenbergs Leben und sein Recht auf Unversehrtheit. Es kümmerte sie nicht, wieviele Versuche der Angehörigen, Günters Situation zu verbessern, bereits vergeblich verlaufen waren. Sie benutzte die Gelegenheit, ihrem Minister das Recht auf absolute Ruhe zuzusprechen. Dabei schränkte sie ganz selbstverständlich bürgerliche Freiheiten ein, kriminalisierte humane Anliegen und bestrafte sie so hoch sie eben konnte. Alles zusammen stellte sie dann auch noch als den Beweis für den funktionierenden freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat dar, dem sich alles andere unterzuordnen hat.

Wer sich in diesem Land für Schwache, Benachteiligte und Unterdrückte einsetzt, hat die Gesetze der Mächtigen zu beachten, die ganz allein bestimmen, ob sie sich auf ihre Fehlhandlungen ansprechen lassen wollen oder nicht.

Wer sich in die Nähe des Apparats wagt, der erlebt, daß dieser ununterbrochen „malmt". Bei dem Versuch, seinen glatten Lauf zu stören, „zermalmt" er. Das ist die Wirklichkeit, von der sie immer reden und von der sie uns attestieren, wir „hätten ein gestörtes Verhältnis" dazu.

Sie herrschen! Nicht mehr und nicht weniger.
Und wir treffen uns zur nächsten Kundgebung für Günter!
Einen genauen Prozeßbericht, einschließlich der Beweisanträge und der Erklärungen der Angeklagten, bringen wir im nächsten Info.

Wiederaufnahme der Verfahren gegen Norbert, Bärbel und Thomas

Die Duisburger Bärbel, Norbert und Thomas wurden '88 vor dem OLG Düsseldorf wegen eines Sprengstoffanschlages verurteilt.

Nach der Sommerpause wird vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf der Revisionsprozeß gegen Bärbel, Norbert und Thomas stattfinden. Ein genauer Termin steht noch nicht fest.

Wer sind die drei?

Bärbel, Norbert und Thomas lebten bis zu ihrer Verhaftung in Duisburg. Bärbel und Norbert zusammen mit ihren beiden Kindern. Seit ihrer Verhaftung sitzen sie in verschiedenen Knästen in Einzelisolation.

In der Duisburger Linken sind sie durch ihre jahrelange Arbeit in der Anti-AKW-Bewegung, Anti-Militarismusgruppe, Häuserkampf, Betriebsgruppe und internationale Solidarität bekannt.

In diesen Bewegungen machten sie immer wieder die Erfahrung, wie der Staat mit Repression versucht, Bewegungen zu spalten und zu kriminalisieren. Die härteste Form staatlicher Einschüchterung ist die Isolationshaft. Deshalb haben sie seit dem Hungerstreik 84/85 für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen gekämpft. Sie suchten auch die direkte Auseinandersetzung mit den politischen Gefangenen. Dabei ging es selbstverständlich nicht nur um die Haftbedingungen, sondern auch um die politischen Vorstellungen der Gefangenen. Darum haben Bärbel und Thomas Sieglinde Hofmann (Gefangene aus der RAF) geschrieben und sie besucht.

Doch Solidarität mit den politischen Gefangenen soll nicht sein. Der Staat tut alles, um sie nicht nur im Knast zu isolieren, sondern auch gegenüber der Linken. Wer sich nicht an diese Isolation hält, den versucht der Staat selbst zu kriminalisieren. So finden sich Bärbel, Norbert und Thomas heute im Knast wieder. Doch auch im Knast halten sie weiter an ihren Zielen fest. Nun selber direkt von der Isolationshaft betroffen, kämpfen sie zusammen mit den anderen politischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung in große Gruppen und haben sich auch an dem Hungerstreik im Frühjahr 1989 beteiligt.

Die Verhaftung

Im Sommer 1986 fanden in Duisburg wegen eines Brandanschlages auf ein RWE-Büro Durchsuchungen in sieben Wohnungen und dem Infoladen Zündstoff statt.

Während der Durchsuchungen wurde kiloweise Informations- und Diskussionsmaterial beschlagnahmt. Dabei wurde auch angeblich die Fotokopie eines Bekennerschreibens zu einem Anschlag auf eine BGS-Kaserne beschlagnahmt. Dieses fotokopierte Bekennerschreiben diente als Grundlage, um Bärbel und Norbert zu verhaften. Ihnen wurde wegen des Bekennerschreibens der Anschlag zur Last gelegt.

Dabei wissen Polizei und Gerichte, daß in der linken Szene Bekennerschreiben gelesen und verbreitet werden.

Bei Thomas T. war dann auch dem zuständigen Duisburger Haftrichter die Grundlage für einen Haftbefehl zu dürftig. Als dieser ihn rauslassen wollte, zog der Staatsanwalt den Haftprüfungstermin kurzerhand zurück. Um die Zuständigkeit des Gerichtes zu ändern, wurde Thomas flugs zum Mitglied einer terroristischen Vereinigung erklärt. Damit ist automatisch der Bundesgerichtshof in Karlsruhe zuständig. Thomas wurde mit dem Hubschrauber nach Karlsruhe verschleppt. Dort erließ ein Haftrichter des BGH dann den vom Staatsanwalt gewünschten Haftbefehl.

Ein Stadtplan von Bonn mit angekreuzter US-Botschaft wurde zum Anschlagsziel erklärt und in der Presse groß rausgebracht. Ein Feuerlöscher wurde zur Bombe erklärt. Später mußte die Bundesanwaltschaft (BAW) zugeben, daß es sich bei der Kennzeichnung der US-Botschaft nur um eine Demonstrationsroute handelte. Doch diese Episode zeigt die Denkweise bei der BAW, weil die drei „Terroristen" sind, wird eine Kennzeichnung im Stadtplan zum Anschlagsziel. Es obliegt den Angeklagten, solche abstrusen Verdächtigungen zu widerlegen.

Im normalen Strafprozeß muß aus Indizien schlüssig der Tatverdacht nachgewiesen werden. Hier ist es umgekehrt: Die drei sind von vorneherein „Terroristen", im Lichte dieser Deutung wird alles zum Indiz gegen sie.

Allen dreien wird nun die Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a) und die Ausführung eines Sprengstoffanschlages (§ 311) auf eine BGS-Kaserne in Swisttal-Heimerzheim am 11.8.86 bei Bonn vorgeworfen.

Bei der Durchsuchung des Dachbodens in dem Haus, wo Thomas wohnte, wurden Gummihandschuhe gefunden mit Spuren von Chlorat. Im Urteil heißt es dazu: „Der Angeklagte Thoene beteiligte sich arbeitsteilig an der Tatvorbereitung dadurch, daß er das zur Explosion gebrachte Gemisch aus Natrium-Chlorat und Zucker in den Sprengkörpern herstellt. Auf dem Dachboden hatte er, in einer Sporttasche versteckt, die fünf Haushaltshandschuhe verwahrt. An diesen Handschuhen befanden sich Anhaftungen ... die größtenteils mit Wasser abgewaschen waren. Mit dem Elektronenmikroskop war jedoch Chlorat nachweisbar. Die Annahme, daß sich an den Handschuhen vor ihrer Säuberung mit Wasser die spezielle Chloratverbindung: Natriumchlorat befunden hat, ist keineswegs auszuschließen." Was hier als Annahme für die Beteiligung für den Sprengstoffanschlag dargestellt wird, beweist, daß die Richter Thomas Thoene von vorneherein für einen „Terroristen" halten. Denn in jeder Chemieprüfung würden sie mit ihrer Annahme herausfliegen, Natriumchlorat ließe sich mit Wasser so abwaschen, daß nur Chlorat überbleibt und kein Natrium. Wäre an den Handschuhen wirklich Natriumchlorat gewesen, dann hätte auch Natrium nachweisbar sein müssen. Doch das ließ sich nicht einmal mit dem Elektronenmikroskop nachweisen. Also hätte der Befund eine eindeutige Entlastung für Thomas T. sein müssen.

Von dieser Qualität sind auch die anderen Beweise gegen die drei. Sieben Monate später wird in dem Zusammenhang mit dem Verfahren Thomas R. verhaftet. Er soll mit weiteren „Unbekannten" die terroristische Vereinigung weitergeführt haben und mit Thomas T. zusammen die Lebensumstände des Direktors des Fraunhoferinstituts in Aachen ausspioniert haben.

Der Prozeßverlauf

Am 18.5.88 begann der Prozeß gegen die DuisburgerInnen vor dem 5. Strafsenat vor dem OLG Düsseldorf.

Alle Anträge der Verteidigung wurden abgelehnt. Die Unglaubwürdigkeit, Widersprüchlichkeit von Belastungszeugen wurde ignoriert oder vom Vorsitzenden des Gerichts passend zurecht interpretiert. Selbst in einem Artikel der NRZ vom 30.12.88 hieß es: „Die Anklage der Bundesanwälte stützt sich überwiegend auf die Aussage von Zeugen. Deren Vernehmung förderte eine Reihe von Widersprüchen zutage. Nicht alles läßt sich mit dem Hinweis mit dem mit der Zeit nachlassenden Gedächtnis von Zeugen befriedigend erklären. Auch Ermittler litten an Black Outs." Einer Zeugin, die eine Frau bei der Grenzschutzkaserne gesehen haben will, wurde am 17. August 86 eine Lichtbildmappe zur Identifizierung vorgelegt. Unter Spur 56 heißt es: Frau S. glaubte ... die Person wiederzuerkennen.

Schwer war es nicht; die Mappe, so zeigte sich in der Verhandlung, enthielt Fotos von 21 Personen, aber nur fünf Abbilder von Frauen. Drei davon zeigen die dunkelblonde Bärbel. In einem normalen Verfahren wäre diese suggestive Präsentation nicht akzeptiert worden.

Eine Bankangestellte aus Aachen verwechselte in Vernehmungen den von ihr zunächst identifizierten Thomas R. mit einem Bankkunden mit gleichem Namen, sowie mit dem 16 Jahre älteren Norbert H.

Auch die Tatsache, daß Thomas R. in dem ihn zur Last gelegten Zeitraum nachweisbar in Duisburg gearbeitet hat und daher nicht die Lebensumstände des Leiters des Fraunhoferinstituts ausgespäht haben kann, ignorierte das Gericht.

Daß eine Zeugin aussagte, sie habe eine verdächtige Frau beobachtet, die *deutlich* kleiner war als sie selbst, änderte nichts an der Überzeugung des Gerichtes, daß es sich um Bärbel gehandelt haben müsse, obwohl diese gleichgroß mit der Zeugin ist.

Ein großer Teil der Konstruktion gegen die DuisburgerInnen besteht aus manipulierten Gesprächsprotokollen des LKAs von Thomas und Bärbels Besuchen bei Sieglinde (Gefangene aus der RAF), in denen sie die beiden angeworben haben soll.

Eine Umarmung wird zu einer geheimen Botschaftsübermittlung. Eine Postkarte von Thomas, wo er bestätigt, bestellte Bücher abgeschickt zu haben mit den Worten: „Ansonsten alles klar", wird zur Bestätigung, einen Anschlag ausgeführt zu haben.

Hier wird nach dem Prinzip verfahren, wer gefangene RAF-Mitglieder besucht und sich mit ihnen ernsthaft auseinandersetzt, kann selbst nur „Terrorist" sein. Mit dieser Methode der *Kontaktschuld* soll die Isolation erzwungen werden. Die Behauptung, RAF-Mitglieder würden Anschläge aus dem Knast steuern, bedarf keines Kommentars. Sie wird seit Jahrzehnten aufgestellt, und dies bei den bestbewachten und bespitzelten Gefangenen in BRD-Knästen.

Das Urteil in diesem Verfahren stand tatsächlich während der Dauer der Hauptverhandlung von vorneherein fest. Durch das Vorlesen zahlreicher Zitate aus den bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmten Materialien und Protokollen der Besuchsüberwachung wurde während der Hauptverhandlung die politische Gesinnung der vier Angeklagten herausgestellt und später auch verurteilt. Exakt des gleichen Verfahrens bediente sich der Vorsitzende Richter Arendt in dem Prozeß gegen Ingrid Strobl. Einer der Hauptgründe für ihre Verurteilung war ihre Nähe zu den Revolutionären Zellen. Diese Nähe wurde belegt durch Zeitungsartikel, die Ingrid Strobl zu anschlagsrelevanten Themen geschrieben hatte. Wer solche Artikel schreibt, kann einen Wecker nur noch für einen Bombenanschlag kaufen. Von der tatsächlichen oder vermeintlichen Gesinnung aus wird die Tat konstruiert. Daß es sich bei den Beschuldigten um „Terroristen" handelt, steht schon vor jedem Beweis fest. Der Prozeß dient dann nur noch der Bestätigung dieses Vorabwissens.

Bei diesem Prozeß ging es obendrein darum, der Öffentlichkeit unbedingt einen Fahndungserfolg zu servieren, als Reaktion auf die stark zunehmenden Anschläge 85/86.

Das Urteil

Am 20.1.89 wurde Norbert zu zehn Jahren, Bärbel und Thomas zu neun und Thomas R. zu vier Jahren Knast verurteilt. Thomas R. ist als einziger nach dem alten 129a verurteilt worden. Mittlerweile ist Thomas R. Ende 89 entlassen worden.

In der Urteilsbegründung offenbarte sich ein weiteres Mal ihr Haß und ihre Wut darüber, daß sich die Gefangenen nicht von ihren politischen Vorstellungen distanzierten. Aus der Urteilsbegründung: „Die intellektuell unterbemittelten Statements der Angeklagten und ihre bis zum Erbrechen wiederholten Schlagworte hätten gezeigt, daß ihnen der Blick auf die Wirklichkeit durch eine Bretterwand verstellt sei ... uneinsichtig, verblendet, unnachgiebig ... Der propagierte Flächenbrand kann von der Exekutive allemal noch mit der Fliegenpatsche ausgeschlagen werden."

Ein Richter, der sich so über Angeklagte äußert, beweist seine totale Befangenheit.

Der Revisionsprozeß

Der Vorsitzende Richter Arendt ging in seinem Haß gegen die Angeklagten so weit, ihre Erklärungen während des Prozesses als Beweis für andauernde Mitgliedschaft in der RAF selbst im Knast zu werten. Damit versuchte er, nicht nur jegliche politische Verteidigung zu kriminalisieren, sondern er konnte sie so auch nach dem deutlich verschärften neuen 129a verurteilen, der erst während der Haft der Angeklagten in Kraft getreten war.

Der BGH hat in der Revision „die RAF-Mitgliedschaft" sowie den Anschlag auf die Kaserne in Swisttal-Heimerzheim als Mittäter abgesegnet. Das pauschale Kriminalisieren der Prozeßerklärungen war der einzige Punkt, der dem BGH in dieser Form zu weit ging. Er verwies diesen Punkt an das OLG zurück mit der Aufforderung, entweder zu beweisen, daß es sich hier nicht um Prozeßerklärungen gehandelt hat, sondern um Aufrufe der RAF, oder aber die Sache fallen zu lassen. An dem Strafmaß wird diese Revisionsverhandlung aber kaum etwas ändern. Hier geht es im wesentlichen um ein Detail, das den schönen rechtsstaatlichen Schein doch zu sehr stört.

Wiederaufnahme der Verfahren

Das OLG hat seine Urteile gesprochen, ohne einen tatsächlichen Nachweis für seine Anklagevorwürfe zu erbringen. Auch die Revisionsentscheidung des BGH stellt dies nicht in Frage.

Aufgrund von Einschüchterungen, Fehlern und politischen Widersprüchen haben wir es damals nicht geschafft, eine größere Öffentlichkeit und damit mehr Druck herzustellen, um den Prozeß zum Kippen zu bringen.

Wir wollen jetzt unter besseren öffentlichen Bedingungen versuchen, den Angriff des Staatschutzes zu Fall zu bringen und unsere Lebens- und Diskussionszusammenhänge zu verteidigen gegen ihre Kriminalisierung.

Wir stellen jetzt die Forderung nach Wiederaufnahme des Verfahrens auf als konkreten Schritt, uns gegen den Angriff des Staates zur Wehr zu setzen.

Uns war es wichtig, möglichst schnell was zum anstehenden Revisionsverfahren zu schreiben, um einen weiteren Ansatz für weitere Dis-

kussionen zu schaffen.

In Duisburg wird es demnächst eine Veranstaltung zur Revision geben, genauer Ort/Termin werden wir noch bekanntgeben.

Wir, die Prozeßgruppe der drei Duisburger, sind gerne bereit, Veranstaltungen zu unterstützen.

Solidaritätskonto für die drei Gefangenen aus Duisburg: B. Thoene, Postgiroamt Essen, Konto-Nr. 442236-438.

Wenn Ihr den Gefangenen schreiben wollt: Bärbel Perau, JVA Essen; Thomas Thoene, JVA Bielefeld; Norbert Hofmeier, JVA Bochum — bei allen dreien: c/o Oberlandesgericht Düsseldorf, 6. Strafsenat, Cecilienallee 3, 4000 Düsseldorf 30.

Die Prozeßgruppe trifft sich jeden Samstag um 15 Uhr in der Fabrik, Grabenstr. 20, Duisburg-Neudorf. Postadresse: Prozeßgruppe im Infoladen, c/o Fabrik, Grabenstr. 20, 4100 Duisburg 1. Telefon samstags ab 15 Uhr: 0203/70689.

Brief von Bärbel Perau

schon seit tagen geht es in meinem kopf hin und her, mache ich mir gedanken zu den prozessen. da hocke ich hier an der maschine, mit einem berg an papier/briefen und notizen. ich will grad an norbert und thomas schreiben, zu der forderung „wiederaufnahme", und ich schreib, am anfang noch ganz mühselig, und dann sprudelt es nur so aus mir heraus, kommt mir der prozeß gegen uns, die gedanken/die situation damals klarer ins gedächtnis zurück, und ich hämmere nur so in die maschine hinein.

das will ich dir jetzt auch schreiben. im grunde ist es die auseinandersetzung: wie umgehen mit den prozessen, wie war das damals mit den konstrukten für uns.

weißt du, ich hatte die ganze zeit an dieser forderung „wiederaufnahme" überlegt, und ich bin mit dem widerspruch dadrin nicht klargekommen. einerseits zu kapieren, wie das entstanden ist: luiti muß raus, und daß chris/andrea/rico in strafhaft sind, heißt für uns überhaupt nichts, die müssen logisch auch raus, also wiederaufnahme. wenn du aber einfach an wiederaufnahme überlegst, dann orientiert es genau auf dieses „schuld-unschuld"-denken, wir sind unschuldig und müssen raus, und wir wollen ein „gerechtes verfahren".

„wiederaufnahme" ist das juristisch, wo es drauf hinausläuft, aber politisch es zu fordern finde ich falsch.

darüber bin ich dann ins überlegen gekommen, an „schuld und unschuld" nochmal, und auch an dem, was ich in vielen briefen gelesen hab: die konstrukte nochmal ganz klar formulieren und rausarbeiten, also auch bei uns in dem revisionsverfahren, damit kein raum für spekulationen bleibt. ich denk nämlich schon, daß in vielen köpfen nach ingrids und thommis freilassung die illusion steckt: jetzt kriegen wir die nächsten raus. jetzt gibt es eine „größere öffentlichkeit", eine größere sensibilisierung auch für uns, so, und da knüpfen wir jetzt an, legen nochmal alles auf den tisch . . . und dann die freiheit.

ich will jetzt nichts dazu sagen, daß diese illusion auf nem falschen begriff der situation beruht, als würden sie uns jetzt auf nem niedrigeren level bekämpfen, wenn du die urteile liest (urteil des bgh gegen ingrid z.b.), siehst du auch genau das gegenteil, zig beispiele gibt es, grad auch an dem, wie es für uns gefangene ist. aber das ist **ein** punkt, ein wichtiger, zu dem ich jetzt aber nichts schreiben will. ich hab an dem überlegt:

„keinen raum für spekulationen lassen, die konstrukte ans licht."

wo mir nicht klar ist, **wem** ich keinen raum lassen soll. und ich hab mich gefragt: angenommen, wir wären es gewesen, was dann? was würden die menschen draußen dann zu uns sagen? „ja, laßt die mal hocken, lang und breit"?

weißt du, damals, wie sie uns dann verknackt hatten, wie es klar war: sie marschieren durch, da hatte ich mal gedacht: scheiße, wir hätten den ganzen prozeß auch ganz anders überlegen können.

z.b. beweisanträge zum bgs, zu dem cs-gasangriff in wackersdorf, dem knüppeleinsatz in kleve bei brokdorf, zur terrorfahndung in den städten und an den grenzen und und und. frag mich jetzt nicht, wie das geht, juristisch usw. aber einfach der unterschied: wenn sie uns eh verknacken . . . — das waren damals nach dem prozeß meine gedanken. aber weißt du, im prozeß, subjektiv von uns aus, hätte es nicht gestimmt, so haben wir ja auch so nicht überlegt.

hätten sie „nur" das zur anklage gemacht, was nun auch fakt war: besuche bei sieglinde, die auseinandersetzung, der kongreß usw., hätten sie gesagt: also, an der brücke die parole: wir grüßen das kommando mara cagol, das werdet ihr gewesen sein, und deswegen verknacken wir euch. ihr fangt an, euren engen rahmen der stadt zu verlassen, ihr wollt kontakte und die diskussion in anderen städten, mit menschen, die sich im rev. widerstand begreifen, ihr verlaßt das terrain, was wir euch noch „zubilligen": den betrieb, den laden emmastraße, den büchertisch auf der basarstraße, die demo gegen die bombardierung libyens, und für uns seid ihr in der hinsicht doppelt gefährlich, weil ihr durch eure vergangenheit sympathien und kontakte in der stadt habt, weil euch die menschen ernst nehmen, weil sie euch kennen, weil sie wissen: ihr kämpft, ihr wollt weiter. ihr gebt euch nicht mit ein bißchen protest zufrieden, dem anklagen von mißständen, sondern ihr sucht einen weg, wie ihr wirklich materiell was verändern könnt. und andere finden sich dann nachher auch noch selber dadrin, denn was uns heute noch gelingt zu spalten, das gelingt uns morgen vielleicht nicht mehr, und deshalb müßt ihr weg, aber schleunigst.

also, das war einfach ihr projekt. sie wollten uns weghaben, keine frage. da gabs mittlerweile sowas wie nen persönlichen haß von den b. vom K 14 gegen uns.

(z.b. bei einem warnstreik bei thyssen, wo die vom K 14 neben den managertypen standen, wir sie „enttarnt" haben, einer hat sie fotografiert. dem typen sind sie hinterher, haben dem die kamera abgenommen. die malocher in heller aufregung, wie im krimi oder bei der spitzelenttarnung auf ner va, darauf direkt die riesigen hausdurchsuchungen, die festnahmen, wo sie versucht haben, nen haftbefehl durchzukriegen.) wir waren denen wirklich ein dorn im auge, und dann auch noch die besuche bei sieglinde . . .

da gehen die auch noch auf die straße und fordern die zusammenlegung. also, das muß sie so genervt haben. die nica-solidemos: wie sie uns alle eingekesselt haben, ganz vorne das transparent: zl.

weißt du, und wenn sie dann gekommen wären und hätten das alles angeklagt, da hätte ich mit umgehen können. weißt du, wir haben wirklich vieles sehr oberflächlich geredet, geschenkt, aber schon auch über knast. heute überleg ich manchmal, gut, heute würde ich bewußter, klarer drüber reden und nachdenken, aber was würde/hätte es geändert? und es ist ja nie so, daß du irgendwann alles klar hast und dann erst kämpfen kannst. das wäre schlimm. grad durchs kämpfen wird man bewußter.

das war mir auch in bezug auf den florian klar.

bitte lach jetzt nicht, das war eben ich. ich in meiner rolle als „frau" und „mutter", auch ganz dick drin. ich wußte, daß sie auf norbert nen totalen haß haben — hab da nicht mit gerechnet, daß sie uns beide hops nehmen.

fällt mir grad ein, wo ich so in der vergangenheit überlege. wir haben dann ja damals überlegt: wer nimmt das verantwortlich in die hand, sieglinde zu schreiben, später dann auch besuche zu machen, das war mir auch ganz wichtig, daß **ich** das bin, obwohl wir da eh zusammen drüber geredet haben, also, es was gemeinsames war.

ich trau denen (dem apparat) eigentlich gar nicht so viel zu, vieles kapieren die eh nicht, aber vielleicht haben sie sich dann überlegt:

„gut, perau, wenn du nicht in deiner dir zugedachten rolle bleibst, wir können auch anders."

weißt du, die dimension, die hatte dann total reingehauen. und wenn ich jetzt zurückblicke, war das genau der punkt der lähmung. auf beiden seiten, für uns drinnen und für die leute draußen auch,

mußt du dir mal vorstellen, wie das im kopf wirkt. heute, mit dem abstand, ist mir das klarer, wie es mir selber dadrin ging.

die erste woche nach der festnahme war ich ja noch in mühlheim im knast, und dann ging es direkt ab nach köln-ossendorf. einzelhof und knastklamotten, nur durch die keller zu besuchen geführt, damit ich keinen und mich keiner sieht. besuche im trakt, mit trennscheibe, lka daneben . . .

ich kann mir auch vorstellen, daß das für die leute draußen schwierig war, und heute denke ich, in der situation wäre es richtig gewesen, klipp und klar zu sagen, was ist. „keinen raum für spekulationen zu lassen."

dieser raum der spekulationen, der hat verunsichert, gar nicht mal in dem sinne, daß leute gesagt hätten: wenn sie das wirklich waren, dann ist es uns wurscht, was mit denen ist. die, die so denken, da ist dann eh nichts zusammen. ich mein jetzt die, die uns nahe waren, nur grob kannten, die uns mitbekommen haben. für sie war es dann ein schritt zu schnell, zu weit, oder wie du es nennen willst.

wir sind ja ganz offen mit zeitungen rumgelaufen, haben va's mitorgani-

siert, wo wir über uns geredet haben, über unsere neuen fragen, daß uns das nicht mehr befriedigt, im betrieb zu sein, im stadtteil. weißt du, das war schon stark, wir haben das direkt offen diskutiert.

damit du es dir ein bißchen besser vorstellen kannst, was ich mit offen meine: wir hatten z.b. nen plan von schulen, jugendzentren in unserer umgebung, wo wir immer regelmäßig hin sind, mit unseren zeitungen und flugis, wo wir zu demos mobilisiert haben usw. dann zu gruppen/initiativen, die es in der stadt gab: antifaschisten, nicaraguakomitee, ausländische organisationen. die kurden hatten neben unserem laden auch direkt ihren treffpunkt, wo ein ständiger austausch und eine nähe war.

gut, ich will das nicht verherrlichen. ich erinnere mich, daß wir grad zu der zeit, da fingen die diskussionen an: was für einen sinn hat unsere zeitung, da gabs auch streß unter uns, weil es unter nem zeitdruck dann so war, daß sie nur von einigen gemacht wurde, auch das verteilen usw. es gab diskussionen über druck usw., über kollektivität. weißt du, wenn so eine zeitung in der mache war, da kriselte es in allen beziehungen, da stand der haussegen in den wg's schief. aber weißt du, was da an möglichkeiten dringesteckt hat — für uns. und keine frage, wir wußten, daß wir was ändern müssen, und darüber haben wir eben auch geredet.

was wir im stadtteil wollten, für uns war das mit der zeit ein widerspruch geworden. wir haben das nicht mehr zusammengekriegt: im stadtteil, an den schulen, betrieben zu agitieren und auf der anderen seite alles viel globaler verstehen zu wollen und so auch eine andere praxis entwickeln zu wollen. wir haben diese diskussionen nicht weiterführen können, in dem stadium sind wir festgenommen worden.

heute denke ich oft, lese ich es aus briefen raus, daß die fragen ähnlich oder gleich sind, ist es so?

aber zurück zu der verhaftung, wenn sie uns so verhaftet hätten: unterstützung, parolen gesprüht usw. ... da wären einfach viele probleme und fragen nicht so aufgetaucht. stell dir mal vor, menschen, die uns kannten, die hätten ohne großes zögern, aus ner direkten betroffenheit heraus aus der beziehung, die sie zu uns, wir zu ihnen hatten, gesagt: unverschämtheit, die müssen sofort raus.

ihre fragen sind auch unsere. wir stoßen nämlich auch permanent an unsere grenzen, wir waren zusammen in brokdorf, auf antifa-demos, wir wollen zusammen was entwickeln,

wir wollen handlungsfähig sein. wenn die libyen bombardieren, dann wollen wir sofort auf der straße sein, darüber reden, —

fällt mir nämlich grade ein, weißt du, eine praktische konsequenz aus unseren damaligen diskussionen war nämlich, daß wir direkt nach der bombardierung ne va gemacht haben, ach, das war toll. da hat sich auch ganz viel unter uns bewegt. ich weiß noch, wie wir zusammengehockt haben und an den redebeiträgen überlegt haben. wir haben da ganz bewußt überlegt und eingeteilt, wer was übernimmt, damit es nicht immer dieselben machen —

ist das eigentlich immer noch so? das problem, daß es oftmals immer dieselben machen? oder ist das eine geschichte aus omas zeiten? und du lachst dich grad schief?

noch zu libyen. nen tag oder zwei vorher waren wir noch bei sieglinde im knast und haben drüber geredet. sie war direkt auch ganz intensiv am grübeln. sie war just an einer zusammenstellung am arbeiten, aus der du klar sehen konntest, wie sie die aggression gegen libyen vorbereitet haben und wie west-europa dadrin einbezogen war.

die günter sare-demo fällt mir auch noch ein. da hatten die b. kurz vor der demo unser ganzes viertel abgesperrt. habs nicht mehr alles genau im kopf, aber manche bilder sind mir total klar vor augen. am morgen hatten wir noch ein wunderschönes transparent gemalt ...

ich überleg grad, was ich jetzt schreibe, hört sich „so viel" an, nicht? ich schildere es sicher jetzt auch sehr euphorisch. ich will nicht sagen, wunder was los war, wieviele wir in der stadt waren. das zersplitterte, das bock-prinzip, und ganz furchtbar abgehobene diskussionen, die waren logo auch. auch viel streit, abgrenzungen ...

und bei uns auch die widersprüche: verzetteln wir uns? z.b. gabs konkret die frage: fahren wir zu der brokdorf-demo oder nicht, und wenn ja, wie? mobilisieren wir dahin oder nicht, welche von uns sind dann damals auch nicht gefahren ...

ja, und dann kommen die mit dem hammer. und dann mit was, womit wir uns auseinandergesetzt haben, was uns wichtig und orientierung war, also die ganzen papiere und zeugs, die lagen da natürlich nicht nur rum, sondern die haben wir gelesen, drüber nachgedacht.

weißt du, ich hätte es ehrlich nie für möglich gehalten, daß sie mit den ganzen lügen durchkommen. und das war dann so: gut, sollen sie mal mit kommen. sollen sie beweisen, können sie nicht, und draußen wurden unsere guten parolen weitergerufen: front entsteht als kämpfende bewegung ...

heute denke ich, das war ein punkt, also die verhaftungen, und wie sich abzeichnete, die ziehen das durch, wo uns die fähigkeit gefehlt hat, politisch die situation einzuschätzen. ihre offensive gegen uns umzudrehen. wir konnten nicht politisch reagieren. wir haben geblockt. nicht zurückweichen vor ihnen. augen zu und durch.

unser denken war zu mechanisch, als würde es jetzt immer so weiter gehen. was wir an uns selbst erlebt hatten, der aufbruch ...

weißt du, was ganz wichtig ist, denk ich. für uns war die zeit auch deshalb so wichtig, weil wir da viel an uns überlegt haben. unser weiterkommen, unsere radikalisierung, unsere emanzipation. das kann ich mir aus unserer geschichte auch erklären, wo die politik mehr auf das agieren, das „mehr-werden" konzentriert war. und das war ja genau eine grenze. wir wollten tiefer und mehr.

ich weiß es nicht genau, aber ich glaube, für die leute draußen gings auch dann erstmal so weiter. eine gegenbewegung: nicht offen zu anderen, schauen und rauskriegen, was zusammengeht, sondern ein abschotten: laßt uns in ruhe. und in dem — ja auch erstmal richtigen — sich zeit und ruhe zu nehmen, um für sich selber durchzublicken — das roll-back, das trommelfeuer: ein halbes jahr später verhaften sie thomas, im prozeß drohen sie ein verfahren gegen mecki an.

weißt du, was ich sagen will: wenn sie das ganze nicht so „hoch" aufgehangen hätten: illegale militante usw., dann hätte es andere möglichkeiten gegeben. weil wir auch ruhiger, gelassener gewesen wären. und dann wäre ihr projekt vielleicht ins wasser gekippt. hätte sich an ihrem „schlag" mehr entwickelt als alles andere. so wie in hamburg, bei fritz, oder in münchen bei wolle und janin.

wenn man das so gesehen hätte: sie hängen es so hoch, um uns zu verunsichern, damit wir nicht handlungsfähig sind, dann wäre die logische schlußfolgerung gewesen, um es umzudrehen:

spekulationen keinen raum. es geht um unsere authentizität, um unser sein in der stadt, um unsere entwicklung. das verteidigen wir gegen sie.

so haben wir nur noch geguckt auf den bgs, was ja auch die „schwere" der anklage ausgemacht hat, und haben dem, was uns direkt betroffen hat, die kriminalisierung der besuche und vor allem das zurückdrängen von uns — denn die besuche waren ein teil von uns —, dem haben wir zu wenig entgegengesetzt.

weißt du, von dieser authentizität aus hätte es auch ganz andere und gute möglichkeiten gegeben, an der politik weiterzumachen, zu reden ... denn darüber, über das „eigene verhältnis", ist die nähe und verbundenheit zu den militanten angriffen. verstehst du? weil man so viel offener ist, als dieses verkrampfte: „bloß keine distanzierung", und vor lauter „nicht distanzieren" selber nichts mehr ist, entwickeln kann.

15.7.90

Prozeßtermine

Prozeß gegen das Angehörigen-Info

Der Prozeß nach § 90a wegen der Angehörigen-Erklärung im Info Nr. 30 gegen Heidi Hinrichsen (für die Angehörigen) und Christiane Schneider (für den GNN-Verlag) — siehe letztes Info — findet am 17.8. in Köln um 9 Uhr vor dem Amtsgericht, Luxemburger Str. 101, Zimmer 13, Erdgeschoß, statt.

Prozeß gegen Luitgard Hornstein

Die nächsten Termine vor dem Prozeßbunker in Stuttgart-Stammheim sind: Di, 14.8.; Do, 16.8.; Di, 21.8.; Do, 23.8.; Di, 28.8.; Do, 30.8.; danach weiterhin immer dienstags und donnerstags, jeweils ab 9 Uhr.

„Börsenprozeß" gegen Gabi, Sigrid, Stephan und Sven

Die nächsten Termine vor dem OLG Frankfurt/M. sind: Mi, 1.8.; Fr, 3.8. und Fr, 10.8., jeweils um 9.30 Uhr; weitere Termine werden dann festgelegt.

Prozeß gegen zwei irische politische Gefangene

Der Prozeß gegen Gerry McGeough und Gerry Hanratty, irische politische Gefangene in der BRD, beginnt am 16.8. vor dem OLG Düsseldorf.

Ankündigungen

Veranstaltungen

Keine Kriminalisierung des irischen Befreiungskampfes!

Frankfurt/Main. 3. 8., 19 Uhr, Autonomes Zentrum, Hinter der Schönen Aussicht 11 a und **Bonn**, 10. 8., 20 Uhr, Infoladen, Wolfstr. 10/ Hinterhaus — Veranstaltungen zum Prozeß gegen die irischen politischen Gefangenen in der BRD, Gerry Hanratty und Gerry McGeough, der am 16. 8. 90 vor dem OLG Düsseldorf beginnen wird. VeranstalterInnen sind die Irland Solidarität Gießen und die Prozeßgruppe zum Börsenprozeß.

In Frankfurt, Stuttgart und am 8. 9. in Düsseldorf werden größere Veranstaltungen gegen die laufenden und beginnenden 129 a-Verfahren stattfinden. „Wir wollen mit diesen Veranstaltungen der Repression unseren Willen entgegensetzen, die für jeglichen Widerstand notwendigen Räume von Diskussion und Information zu erhalten und zu erkämpfen. Weitere Schritte in diese Richtung sollen diskutiert und in Angriff genommen werden.“:

Zentrale Veranstaltung gegen § 129 a und Staatsschutzjustiz!

Frankfurt/Main. 18. 8., 17 Uhr, Zentrum, Hinter der Schönen Aussicht 11 a. Eingeladen sind drei ehemalige Gefangene wegen § 129 a (Andreas Semisch aus der Startbahnbewegung, Thomas Kilpper aus der Düsseldorfer Kiefernstraße, Ingrid Strobl aus dem Frauenwiderstand), RechtsanwältInnen aus dem „Börsen-Prozeß“, der seit dem 16. Februar vor dem OLG Frankfurt gegen Gabi Hanka, Sven Schmid, Sigrid Happe und Stephan Feifel läuft, und aus dem Prozeß gegen Luitgard Hornstein, der seit dem 8. Mai vor dem Oberlandesgericht Stuttgart in Stammheim stattfindet, sowie ein Rechtsanwalt aus der DDR oder ein/e Vertreter/in eines DDR-Bürgerforums. Zum Ablauf:

Am Donnerstag, den **16. 8.**, ist ab 21 Uhr Volksküche in der Au 14-16 (besetztes Haus). Dort werden Schlafplätze vermittelt.

Am Freitag, den **17. 8.**, wird zu einem *gemeinsamen Prozeßbesuch* aufgerufen. Er beginnt um 9.30 Uhr. Das Prozeßcafé wird den ganzen Tag über auf sein, auch dort besteht die Möglichkeit, Schlafplätze zu erfragen. Freitag abend dann Volksküche mit einer Lesung und Diskussion an einem Text von Ingrid Strobl. Gleichzeitig will die Prozeßgruppe zum Börsenprozeß an diesem Abend ein Treffen mit allen machen, die zu Prozessen arbeiten. Eventuell wird auch Freitag abend ein Antifa-Café stattfinden, mit einer Ausstellung über kriminalisierte Plakate sowie Informationen zum bevorstehenden Prozeß gegen Burkhard und Renate (aus der Hamburger Antifa, angeklagt wegen Überfall auf ein bekanntes Hamburger Faschistenehepaar).

Am Samstag, den **18. 8.**, gibt es ein gemeinsames Frühstück. Ab Mittag wird eine Gruppe von HolländerInnen über die Ereignisse in Groningen erzählen (siehe Angehörigen-Info 44 und 45).

Am Samstag, **18. 8.**, beginnt die Veranstaltung um 17 Uhr.

„Stammheim — es reicht!“

Stuttgart. 7./8. 9., ab 17 Uhr. „Stammheim — es reicht“ — unter diesem Motto wollen wir mit der Veranstaltung am 7./8. 9. in den zur Zeit in Stuttgart-Stammheim gegen Luitgard Hornstein laufenden Prozeß eingreifen. Mit der Schaffung und Artikulierung der „Öffentlichkeit von unten“ wollen wir auch einen Anstoß für die Medienberichterstattung geben. Die Veranstaltung demonstriert vor allem unseren Willen, der vereinigten Staatssschutzmaschinerie aus Kriminalämtern, Bundesanwaltschaft und den politischen Senaten hoher Gerichte das Feld nicht zu überlassen. Und wir werden über weitere Wege zur Durchsetzung unserer Forderungen diskutieren:

Freilassung von Luitgard Hornstein!
Freilassung von
Christian Kluth, Andrea Sievering, Rico Prauss
Weg mit dem § 129a StGB

Veranstaltungsablauf: Ab 17 Uhr gibt es Infotische der Prozeßgruppen zu den derzeit laufenden und beginnenden 129 a-Verfahren: zu den Revisionsprozessen gegen Luitgard Hornstein und Ingrid Strobl, zum Prozeß wegen des Brandanschlags auf die Frankfurter Börse während des Hungerstreiks der politischen und anderer Gefangener 1989, zum Prozeß gegen Kurden und gegen Iren in Düsseldorf, zum Startbahnverfahren. Hier können alle Interessierten Informationen über die Prozesse und die Diskussionen der Prozeßgruppen erhalten.

Klaus der Geiger und das Tübinger Straßentheater werden das Ihre zur Veranstaltung beitragen. Ab 20 Uhr werden 129 a-Betroffene ihre Erfahrungen mit der Repression vortragen. Wie können wir diese Repression zurückschlagen und uns die für jeglichen Widerstand notwendigen Räume für Information und Diskussion erkämpfen und erhalten? Diese Frage steht im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion.

Diese Diskussion soll am **Samstag, den 1. 9.**, in Arbeitsgruppen fortgesetzt und vertieft werden. Ort, Zeit und Themenstellungen werden im einzelnen als Info-Blatt am 31. 8. verteilt.

Ingrid Strobl und andere Betroffene haben ihr Kommen zugesagt.

Kundgebung zu Rolf Heißler

In *München* wird am Samstag, den 11. 8., um 11 Uhr vor dem Knast Stadelheim (Haupteingang) eine Kundgebung zu Rolf Heißler stattfinden, der am 19. 7. von Straubing nach Stadelheim verschleppt wurde.

Die Kundgebung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD zur Freilassung von Günter Sonnenberg vor dem baden-württembergischen Justizministerium in Stuttgart fällt im August aus. Die nächste Kundgebung findet am 14. 9. um 13 Uhr statt.

Aktionsvorschlag zur Kundgebung für Günter Sonnenbergs Freilassung am 14. 9. 90

Wir (die Prozeßgruppe Stuttgart — die Red.) haben einen Aktionsvorschlag entwickelt, um die (kleine) Bewegung zusammenzufassen, die gegen den Prozeß gegen Luiti entstanden ist. Gleichzeitig sollen Aspekte dieses Verfahrens auf die Straße getragen werden, die über es selbst hinausweisen: *Wir schlagen vor, daß die Prozeßgruppen für Luiti, gegen den Börsenprozeß, gegen den Prozeß gegen die Kurden und Iren, daß die Infobüros und alle, die den Hungerstreik 89 und seine Forderungen nicht vergessen haben, gemeinsam die Kundgebung zur Freilassung Günters am 14. 9. 90 und eine anschließende Demonstration organisieren.*

Wir von der Prozeßgruppe Stuttgart versprechen uns davon einen weiteren Schritt zur Durchbrechung der freiwilligen Informationssperre der bürgerlichen Medien zum Prozeß gegen Luiti. Außerdem würden Kundgebung und Demonstration in das noch laufende Verfahren eingreifen und Druck machen. Andere Gruppen sollten ein eigenes Verhältnis zu der Aktion entwickeln. Wir wollen die Aktivitäten gegen die diversen Anwendungen des 129 a *bundesweit* zusammenfassen.

Die schon fast traditionelle Kundgebung zur Freilassung Günters vor dem Symbolgebäude der „harten Linie“, dem Justizministerium Baden-Württembergs, ist für ein solches Vorhaben der richtige Ansatzpunkt. Die Kundgebung soll, wie immer, um 13 Uhr beginnen. Bis 17 Uhr sollte sie, so unsere Vorstellung, anwachsen und sich dann zu einem Demonstrationszug formieren: Für die Freilassung Günters, gegen die Isolation in den Knästen, für die Zusammenlegung hier und die Wiederzusammenlegung in Spanien, für die unzensierte Möglichkeit zur Teilnahme an politischen Diskussionen drinnen, gegen die Kriminalisierung der politischen Diskussion draußen (wie im Verfahren gegen Luiti), für die Freilassung aller Haftunfähigen, für die Einstellung aller § 129 a-Verfahren, die Freilassung Luitis und von Chris, Andrea, Rico, Thomas, Bärbel, Norbert, für: Hafenstraße bleibt!

Greift dieser Aktionsvorschlag? Dann diskutiert drüber! Beginnt die Mobilisierung in Euren Städten! Gebt uns eine Rückmeldung! Bestellt Aufrufe bei der Prozeßgruppe Stuttgart, Infoladen, Mörikestraße 69, 7000 Stuttgart 1! Oder ruft eigenständig auf und gebt uns eine Rückmeldung.

P.S.: Mit diesem Vorschlag wollen wir der anstehenden Diskussion in der Angehörigengruppe über die Zukunft der Kundgebungen zur Freilassung Günters nicht vorgreifen.

Anzeigen

Josef Hogefeld

16. 1. 1921-25. 7. 1990

In diesem Land
Einer,
der das Wissen der einfachen Leute über die richtige Besorgung des menschlichen Lebens noch aufnehmen konnte, wach in sein eigenes Leben geholt, dort behalten und weitergeführt hat.
Der der Gewöhnung an die Gemeinheit widerstanden hat, die von oben verlangt wird und die sich im Leben der Menschen dann so oft als ihr eigenes Ausbrennen niederschlägt.
Einer, der aus der Übermittlung des Christentums den menschlichen Kern aufgegriffen hat, der mit Herrschaft des Menschen über den Menschen unvereinbar ist. Dadurch kam er von früh an in Widerspruch zur Kirchenpraxis.
Einer in diesem Land,
aufgewachsen in den 20er und 30er Jahren, dem der verordnete Krieg, in den er ziehen mußte, eine offene Wunde hinterließ. Die, die die kleinen Leute in die Kriege schicken, um für sie massenhaft zu töten, hielt er für die größten Verbrecher. Gerade zu diesem befohlenen Töten sagte er Mord.
Einer, der das Zusammenstehen noch einmal gelebt hat, das Ehe, Familie, Kinder haben, Kinder unter großer zusätzlicher Arbeitsanstrengung mit Ausbildung ausstatten, Kinder begleiten, mit den Alten leben, bedeuten können.
Einer, der mit 59 seinen Arbeitsplatz in der öffentlichen Verwaltung aufgegeben hat und anderswo sein Geld verdiente, weil er die dienende Funktion, die Bürokratie für die Menschen haben kann, immer deutlicher von Intrigen, Verlogenheit und Gefälligkeit gegenüber dem großen Geld verschüttet sah.
Einer, der den inneren Faden zu sehen lernte, der zwischen dem eigenen Lebensweg und der Entscheidung seiner Tochter Birgit, zur Guerilla zu gehen, gesponnen war.
Diesen Faden zu sehen, war nicht bloß einfach. Es verlangte das Äußerste von ihm:
Akzeptieren der Trennung von der Tochter, die er sehr geliebt hat, Nachvollziehen von Wegen und Zielen des Kampfes, gnadenlose Jagd des BRD-Staates. Die staatliche Verfolgung schloß die Familie ein und rückte bis ins Nachbarhaus vor, wo ein BKA-Fahnder angesiedelt wurde. Dies veranlaßte ihn, anfangs zu sagen: „Nun sind wir geächtet."
Daß er sich dann nicht verkroch, nicht an den Problemen zerbrach, sondern weiterging, sich ein erweitertes Bild von Staat und Kapital verschaffte, gelang, indem er im Kampf um die Zusammenlegung der politischen Gefangenen sich selbst als Teil des Widerstands engagierte und verstand.
Im Dezember 1984 war er bei der großen Hungerstreik-Demonstration in Karlsruhe dabei. Jetzt, im Juli 1990, wollte der Staat ihm den Prozeß machen, weil er während des Hungerstreiks 1989 mit anderen ins Baden-Württemberger Justizministerium gegangen war, um über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen sich zu reden.
In seinem letzten Lebensabschnitt hat er sowohl Linien aus seinem Lebensweg neu belebt als er auch Neues aufnahm, lernte und zur Veränderung fähig war.
Er, der den Krieg haßte, verstand, daß seine Tochter gegen die ewigen Kriegstreiber in den Krieg zog.
Dieselben Schritte ging er nicht, aber er machte sich auf den Weg, nach Formen und Initiativen zu suchen, wie er mit seinen Möglichkeiten zum Kampf gegen die Bestie Staat und Kapital und für eine menschliche Perspektive beitragen konnte. Er ergriff bei Veranstaltungen das Wort, beteiligte sich an Besetzungen, arbeitete zäh mit Presseleuten und in kleinen interessierten Gruppen außerhalb der Linken.
Darin zeigte sich, wie sich ein Leben vollenden kann und wie gemein die gesellschaftlichen Tummelplätze für Alte bei Grauen Panthern und in Seniorenkränzchen diese in Reservate sperren und um ihre Möglichkeiten in der menschlichen Gemeinschaft betrügen.
In seinem letzten Lebensabschnitt, der vielleicht sein wichtigster wurde, konnte er zurückgreifen auf etwas, was schon in ihm war:
Ein klarer Blick für Recht und Unrecht,
für Unterdrücker und Unterdrückte.
Eine in die eigene Lebenspraxis eingegangene innere Nähe zu Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit als Kern und Ziel der Lebensverwirklichung.
Dies hielt Stich, als Birgits Weg ihn vor neue Fragen stellte, die er beantwortete:
Eine klare Entscheidung und Parteinahme für Angehörige und Bekannte, die nicht nur über den eigenen vollen Tellerrand blicken, sondern auch wollen, daß der Teller der anderen voll wird, und dafür kämpfen und sich so als Menschen verwirklichen.
Eine klare Distanz gegenüber Angehörigen und Bekannten, die in erster Linie Karriere und den eigenen Bauch in den Lebensmittelpunkt stellen.

Wer Jupp, Marianne und Birgit gekannt hat, weiß, daß heute am Beerdigungstag niemand mehr trauert als seine Tochter Birgit. Diese Gewißheit muß ihre Anwesenheit ersetzen.

In aller Welt weinen die Armen besonders um ihre Toten, weil sie wissen, daß sie nichts haben als die Kraft, die sie sich gegenseitig geben und die zum Tun ermutigt.
Josef Hogefeld war einer, der an diesem Kraftgeben beteiligt war.
Er fällt nicht dem Vergessen anheim, weil seine Kraft in anderen weiterwirkt.
Sie erinnern sich seines Beitrags, dessen, was als Vorbild bleibt, und der Einmaligkeit eines Lebenswegs, auf dem ins gewöhnliche Leben ganz außerordentliche Fragen und Anforderungen hereinbrachen.

Ohne diese Beispiele des Menschen inmitten der Raubtierordnungen müßten wir verdorren.
Wiesbaden, 30. Juli 1990

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Christoph von Hören. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 0,80 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 26,-, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 10 Stück das Heft zu 0,50 DM und ab 50 Stück zu 0,40 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 370 101 11, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 104 19-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr. 448630-102.